

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 7 (1987)
Heft: 14

Buchbesprechung: Rezensionen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Rezensionen

Genzeit. Die Industrialisierung von Pflanze, Tier und Mensch.

Ermittlungen in der Schweiz. Herausg. v. Claudia Roth. Limmat Verlag, Zürich 1987 (210 S. br. 28.- Fr.)

Peter Kropotkin, ein Anarchist, hielt 1902 sehr viel von dem heute moralisch anmutenden Titel „Über die gegenseitige Hilfe im Tierreich und Menschenreich“. Inzwischen geht es um die ‚Industrialisierung von Pflanze, Tier und Mensch‘, so der Untertitel des soeben erschienenen Bandes „GENZEIT“. Neun Frauen ermitteln in Sachen Gentechnologie, seriös recherchieren sie in verschiedenen Beiträgen über den sog. Fortschritt und sind dabei mit dem absoluten Glauben ans Mach(t)bare konfrontiert, mit einem Bestreben, wie Pflanzen, Tiere und Menschen optimal zugerichtet und ausnutzbar gemacht werden können, am profiträchtigsten. Um es vorwegzunehmen: Dieses Buch ist erschütternd, es schafft Wut.

Die 1985 vom ‚Beobachter‘ lancierte Verfassungsinitiative gegen Missbräuche in der Gentechnologie hat erstmals eine Aufmerksamkeit für dieses Thema geweckt. Wie aber Agathe Bieri in ihrem Beitrag zur helvetischen Debatte zeigt, beschränkt sich die parlamentarische Diskussion vorschnell auf den Missbrauch der Technologien, auf die „Anwendung am Menschen“ (169); die Technologien *selbst* stehen nicht mehr zur Diskussion, die zentrale Frage reduziert sich auf ein juristisches Problem. So sieht sogar die problembewusste CVP-Präsidentin E. Segmüller aus familienpolitischen Gründen in der Anwendung von Gentechnologie einen „gangbaren Weg zur Überwindung von Sterilitätsproblemen“ (171). Eine kompromisslose Kritik an der Gentechnologie hat die Autonome Frauengruppe „Antigena“ vorgelegt (vgl. Widerspruch 12, 1986), und wie Bieri weiter berichtet, bestehen die Unterschiede unter linken Frauen vor allem in den politischen Forderungen, in der praktischen Umsetzung ihrer

technikkritischen Vorstellungen.

Auf den Gegenpol zur parlamentarischen Diskussion macht *Claudia Roth* aufmerksam, wenn sie historisch an den Maschinensturm der Weberinnen und Weber im 19. Jahrhundert erinnert, an den Irrtum des linken Fortschrittglaubens, den „Kampf *um* die Maschinen“ zu führen statt „gegen die Maschinen“ (8). Nun aber, mit der Anwendung der Gen- und Fortpflanzungstechnologien, werden die „Eingriffe“, so Roth, „vor keinem Ort haltmachen, wo Leben ist“ (8); geredet werden muss daher von der Technologie als solcher, die „schleichend“ die „Entwertung des Lebendigen“ (10) vollstreckt.

Die gentechnische Forschung in der Schweiz wird seit Jahren relativ still aber zielbewusst vorangetrieben. In der Pharma- und Agro-Industrie liegen Ciba-Geigy, Hoffmann-La Roche und Sandoz sowie Nestlé in der Nahrungsmittelforschung international an der Spitze. Brachte das investierte Kapital vor dreißig Jahren noch eine Rendite von 11-18%, so sind es heute nur noch 4-5%. Dies führt, wie *Mascha Madörin* u.a. feststellt, zu einem Konkurrenzkampf unter Firmen und Wissenschaftlern, der in einen „Kleinkrieg um Patente und Lizenzen für neue Herstellungsverfahren und neue Produkte“ (25) ausartet. Die Forschungspraktiken sind skrupellos. Von der „Internationalisierung der Forschung“ geht die Ciba-Geigy aus, denn die staatliche Beteiligung an der Konzernforschung ist in der Schweiz relativ gering. Dafür ist die Schweiz ein dienstleistungswilliges Hinterland (24). Selbst die Hoffnungen, die die Basler Chemiekonzerne schüren, mit Gentechnik — der in ihren Augen „größten Revolution in der Geschichte der Pharmazie“ (27) — lasse sich das Hungerproblem in der

Dritten Welt lösen, dienen der Manipulation.

Florianne Koechlin analysiert in ihrem Beitrag die Rolle der Basler Konzerne in der Dritten Welt. Dank immensem Pestizideinsatz in den vergangenen Jahrzehnten wurde unsere Umwelt weltweit in einem Mass belastet, das kein ‚natürliche‘ Gleichgewicht mehr zulässt. Durch Bio- und Gentechnik werden pflanzliche Eigenschaften der industriellen Produktion angepasst. Mit Pestiziden werden Sorten von Kulturpflanzen eingeschränkt, Bauernfamilien von Agro-Chemiekonzerne abhängig gemacht. Und durch Zellkulturtechnik wird zu dem der Ertrag einzelner Pflanzen massiv gesteigert. Mehr als fünfzig natürliche Produkte können heute schon im Labor hergestellt werden. (z.B. Morphin, Chinin, Ginseng, Fingerhut). Ein Abbau von Arbeitsplätzen in der Dritten Welt, aber auch die Krise in unserer Landwirtschaft werden bewusst einkalkuliert. Patentierung und Lizenzen sollen die ‚Erfinder‘ von gen-manipulierten Pflanzen und Tieren zu Besitzern machen. Die in ihrem Sinn funktionierende Landwirtschaft wird noch abhängiger, die Gewinne gehen an die Konzerne und Wissenschaftler. In der Schweiz liegt eine Motion des Ciba-Geigy Vizedirektors Felix Auer „für ein Patentrecht für höhere Organismen“ vor.

Wie sieht es denn in der Schweizer Landwirtschaft aus? *Claudia Roth* weiss in ihrem Bericht ‚Die Swatch-Kuh‘, der spannend zu lesen ist, auch vom Widerstand der Bauernschaft zu berichten — man atmet ein wenig auf. „Der Herrgott hat schon gewusst, weshalb er die Kuh so erschaffen hat, dass sie pro Jahr nur ein Kalb gibt und nicht zehn“, so der Bündner Bauer Candrian, der sich mit Erfolg gegen die neusten Fortpflanzungs- und Zuchttechniken, den „Embryo-Transfer“, wehrt. Präzis beschreibt und berichtet Roth über alltägliche Vorgänge in der Hochleistungszucht, vom Stress der Bäuerinnen und Bauern, von den gestressten Tieren, von den Folgen: Über 80 Prozent der Schweizer Kühe werden künstlich besamit, und diese gezüchteten

Hochleistungstiere haben vermehrt Stoffwechselkrankheiten, Fruchtbarkeitsstörungen und eine um die Hälfte reduzierte Lebenserwartung (58 f.). So ist im Juni 1987 eine „vor allem von Landwirtschaftsvertreterinnen- und vertreten getragene Motion zur gesetzlichen Regelung des Embryo-Transfers bei Nutztieren eingereicht worden“ (66).

In Gesprächen mit Frauen und Müttern, die sich der „pränatalen Diagnostik“ unterzogen bzw. nicht unterzogen haben, gehen *Monika Leuzinger* und *Bigna Rambert* den Folgen dieser Gendiagnostik nach. Für sie ist es qualitativ neu, „dass die Medizin, gerüstet mit der notwendigen Technik, es als wünschenswert betrachtet, genetisch geschädigte Embryonen auszumerzen“ (73). Routinemäßig und als „Prävention“ verstanden, wird „so die systematische, diskriminierende Selektion von Leben betrieben“ (73), und als Leitgedanke dieser genetischen Diagnostik wird damit im Labor eine „Qualitätsauslese“ (89) vollzogen. Eindrücklich wird die „Dynamik der Situation“ (80) beschrieben, die zur „totalen Verwaltung des Frauenkörpers“ (81) führt: Zuerst werden die Ängste geschürt, das Kind könnte behindert oder geschädigt sein; und dann ist es die Angst, die die meisten Frauen dazu verführt, sich der pränatalen genetischen Diagnose zu unterwerfen.

Es ist nicht neu, dass in der Schweiz Humangenetiker und Präventivmediziner das Krankheitsverständnis definieren. *Claudia Roth* macht in ihrem informativen Beitrag ‚Hundert Jahre Eugenik: Gebärmutter im Fadenkreuz‘ deutlich, wie wichtig es ist, die Geschichte der eugenischen Tradition in der Schweiz zu sehen, um den Zusammenhang von Geburten- und Frauenpolitik zu begreifen (107 ff.).

Claudia Bislins Nachforschungen über das Versicherungswesen zeigen, was die „Reorganisation des Schweizerischen Gesundheitswesens nach marktwirtschaftlichen Kriterien“ (122) mit sich bringt: von der Krankenkasse weg zur „Gesundheitskasse“ — ausgehend vom „Gesundheitskapital“ (125). Krankheit

ist demnach selbst verschuldet, die Ursachen der Krankheit werden individualisiert, „Selbstverantwortung für die eigene Gesundheit“(127) bzw. die „Leistungskosten“ sollen individuell, nicht sozial getragen werden. Wer fortan gesund sein will, soll dafür auch mehr bezahlen. Die „Risikogruppen“, die jetzt von den Kassen statistisch ermittelt werden (Drogenkranke, Homosexuelle u.a.m.), müssen mit Sanktionen rechnen.

Auch *Ruth Wysseiers* Beitrag über die „Genetischen Untersuchungen in der Arbeitswelt“ lässt keinen Zweifel mehr zu: Die heutige Arbeitsmedizin ist immer stärker an „individueller Disposition“ als Krankheitsursache interessiert, um Auslese betreiben zu können. Dazu dient der Arbeitsmedizin die „Ökogenetik“, deren Rassismus Wysseier an konkreten Beispielen (Sandoz, Suva) aufdeckt. Dass in Genzeiten gerade Ethiker männlichen Geschlechts glauben, weiterhin über den Wert des Lebens befinden zu können,

war zu erwarten. Insofern ist die Kritik von *Ina Praetorius* an der aktuellen „Bioethik“ dringend nötig. Die Unterscheidung von „Hofethik“ und „Widerstandsethik“ kennzeichnet eine Frontlinie, die über den Bereich der Ethik jedoch hinausgeht. Darauf verweisen die Autorinnen am Schluss selber, wenn sie für den steinigen „Weg bis zur Vernetzung des Widerstands in der Schweiz“ (177) plädieren, weil es für die Bekämpfung dieser Industrialisierung keinen „territorialen Brennpunkt“(181) gibt.

Ein besonderer Hinweis muss auf den *Anhang* gemacht werden. Hier finden sich Literaturangaben, Glossar und die wichtigsten Informationen über Institutionen und Industrien. Dass dieses Buch ein Resultat einer kollektiven Arbeit ist, macht Mut. Eine Pflichtlektüre für jeden Menschen, der vom Leben noch etwas hält.

Christina Koch

Fremde Nähe. Zur Reorientierung des psychosozialen Projekts. Festschrift für Erich Wulff. Hrsg. von W.F. Haug / H. Pfefferer-Wolf, Berlin/Hamburg, Argument Verlag 1987 (Argument Sonderband 152, 218 S., br., 15 Fr.)

Der Titel der vorliegenden Festschrift: ‘Fremde Nähe’ ist in vielerlei Hinsicht treffend gewählt. Er zieht sich durch die Beiträge, durch die ganz unterschiedlichen methodischen Zugriffe der Autoren, aber auch durch die Biographie und das Werk Erich Wulffs hindurch und mutet ihn selbst, wie er im Band bemerkte, in der Formel von ‘Nähe und Distanz’ (Oskar Negt) wie eine analytische Deutung an. Der Auseinandersetzung mit dem Wissenschaftler Erich Wulff als kosmopolitischer Psychiater (Pirella) und seinem Werk (z.B. der Ethnopsychiatrie) wird allerdings nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt; zwei knappe Beiträge von *Dorothee Sölle*, einem Lob der Freundschaft, in dem Wulffs Engagement in Vietnam und seiner Begabung zur Freundschaft gedacht wird, und von *Oskar Negt*, der die „Balancearbeit“

Wulffs zwischen Subjektseite und „Objektüberhang“ reflektiert, heben sich — abgesehen von *Erich Wulffs* interessanter Replik auf Negt — deutlich von den übrigen Beiträgen ab.

Der Schwerpunkt liegt auf der Wiederaufnahme der Psychiatrie-Diskussion; diese verstummte entweder bedingt durch die äusseren Kräfteverhältnisse, der Krise des sozialen Keynesianismus, oder aber die Erfahrungen in den einzelnen Projekten und ihre teilweise Vereinnahmung durch Technokraten verdrängten die Perspektive und die konkrete Utopie des psychosozialen Projekts. In der demokratischen und sozialen Reform der Psychiatrie witterten die Sozialingenieure eine willkommene Strategie der Anpassung ans System, sei es durch systematische Datenerfassung aller (sogar nur ambulatorisch behandelter) Psy-

chiatrisierter (Italien), sei es in der Erhöhung des Durchlaufes (Effizienz) gegen die Interessen der Betroffenen (vermehrte Medikamentenabgabe, „Dreh-tür-Psychiatrie“).

Franca Basaglia und *Agostino Pirella* diskutieren in ihren Beiträgen die Krise der psychiatrischen Reform in Italien, die schleppende Vollstreckung des Reformgesetzes, die Möglichkeiten der Therapeutinnen und Therapeuten sowie die Weiterentwicklung der Theorie. Der Forderung nach der zügigen Ausführung des Gesetzes 180, das die Auflösung der psychiatrischen Krankenhäuser vorschreibt, aber gleichzeitig territoriale Dienste und Zentren verlangt, wurde zunächst nur negativ, d.h. durch Aufnahmestopps in den alten Irrenanstalten, entsprochen. Unschwer abzuschätzen, wie dadurch die Belastungen der Familien der psychisch Leidenden stiegen, die öffentliche Meinung gegen die Reform mobilisiert und eine langwierige, lärmende Debatte über die Gesetzesänderung ausgelöst wurde. Als Ziel der Forderung nach Theorie und Aufbrechen der „Spezialisten-Käfige“ der Wissenschaften nennt Pirella die Aufhebung der historischen (die Psychiatrie und die Anstalt sind gleichzeitig entstanden) und epistemologischen Verdrängung, die verhindert, dass der Gegenstand und Bereich der Psychiatrie klar abgegrenzt und demzufolge je nach gesellschaftlichen und kulturellen Umständen weiter oder enger ausgelegt werden.

Die weiteren Beiträge zur Reformpsychiatrie reorientierten sich an der Humanisierung, der Ablösung des Sicherungssystems durch ein umfassendes Fürsorgesystem und der vorbehaltlosen Durchsetzung des „Open-Door“-Systems (DDR), sowie an der Förderung selbstorganisierter Projekte, Selbsthilfegruppen und Entkoppelung von Arbeit und Einkommen, worauf unter anderem *Heiner Keupp* grosses Gewicht legt. Ferner zeigt *Hans Pfefferer-Wolf* auf, dass sich die psychosoziale Praxis nur dann entfalten kann, wenn sie sich nicht bloss in Anlehnung an die klinisch-psychiatrische Praxis definiert, sondern die Gesellschaft

mit krankmachenden Bedingungen konfrontiert, die sie in den „Abseitigen“ personalisiert und damit abspaltet.

Welche Chancen angesichts der bestehenden Macht des Staates soziale Bewegungen haben, zeigt *Fritz Sack* in seinem äusserst fundierten, systematischen Beitrag. Er führt aus, dass und wie in politischen Auseinandersetzungen zwischen sozialen Bewegungen und staatlichen Repräsentanten letztere die Transformation des politischen Konflikts in einen rechtlichen vollziehen und dadurch den sozialen und politischen Wandel zum Ersticken bringen.

Die übrigen theoretischen Beiträge orientieren sich an der von der kritischen Psychologie, genauer an der von Klaus Holzkamp herausgearbeiteten Kategorie der Handlungsfähigkeit (restriktive/verallgemeinerte) und der Teilhabe am gesellschaftlichen Lebensprozess, und zwar von ganz unterschiedlichen Forschungsgegenständen und Gesichtspunkten ausgehend. *Frigga Haug* nimmt eine Argumentationsfigur von Marx auf, die besagt, dass unter bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen etwas in der Form eines Gegenteils auftritt; es geht um den Kampf der Frauen nach „verallgemeinerter Handlungsfähigkeit“, die nur kollektiv erreicht werden kann: Eine „Hausfrau im Widerstand kann keine Hausfrau sein“, so der Titel ihres Beitrags. *Wolfgang Fritz Haug* analysiert in Anlehnung an Gramsci die Faschisierung des bürgerlichen Subjekts im Zuge der „Fordisierung“ der Individuen oder aktueller: des „Do it yourself“ als Ideologie.

Erich Wulff schliesslich versucht in seinem brillant formulierten Beitrag „Zementierung oder Zerspielung — Zur Dialektik von ideologischer Subjektion und Delinquenz“ (siehe den Teilabdruck in diesem Widerspruch-Heft) die Gegenässlichkeit der subjektiven Formen als zwei Pole desselben Vorgangs herauszuarbeiten. Auf der einen Subjektseite stehen die Zerspielung (Zerschlagung oder Auflösung) der Wirklichkeit in der Delinquenz, sozusagen als regressives Moment, und auf der anderen Seite die ab-

gewehrten Bedürfnisse der „Normopaten“, derjenigen, die um ihre materielle Existenz bangen müssen und zu Verteidigern der Norm werden. Beide Protagonisten sind für Wulff Ausdruck des zunehmenden Entzugs der tätigen Teilhabe am gesellschaftlichen Lebensprozess, der

Autonomie und Mitverantwortung. Diese These hat schwerwiegende Implikationen und es wäre wert, in einem Folgeband diskutiert zu werden. Für die Psychiatrie-Diskussion dürfte dabei die Auseinandersetzung mit den Franzosen Guattari und Deleuze nicht fehlen.

Walter Kopp

Christina Thürmer-Rohr: Vagabundinnen. Feministische Essays.
Orlanda Frauenverlag, Berlin 1987, (208 Seiten, br., 24 Fr.)

Es scheint beinahe widersinnig, eine Rezension eines 1987 erschienenen Essaybandes wie üblich einleiten zu wollen mit einer ersten Erwähnung der Thematik und der Grundgedanken – als gäbe es ein anderes Thema als diese „verrottete Gegenwart“ und andere Fragen als die zu ihrer Analyse und unseren Folgerungen.

Mit der Ratlosigkeit angesichts der Hoffnungslosigkeit dieser Gegenwart umzugehen, scheint aber oft zu schwierig, und gerade das macht Christina Thürmer-Rohrs feministische Essays so bedeutsam: dass sie „in dieser Zeit, in der die Schädlichkeit ebenso wie die Banalität der Männergesellschaft kaum noch beschreibbar geworden ist“, sich darauf einlässt: „Es zwingt mich die Zeit, in der Wirklichkeit anzukommen.“ (7)

Thürmer-Rohrs Essays sind zwischen 1983 und 1987 entstanden, „zwischen sogenannter Nachrüstungsdebatte, Tschernobyl und Bundestagswahlen 87“. Diese Gegenwart ist die Vollendung der „patriarchalen Sucht nach Allmacht“ (22). „Jede Politik findet unwiderruflich innerhalb einer atomaren Welt statt, und alles weitere Dasein auf der Erde steht unter dem Dauerzeichen ihrer potentiellen Liquidierung.“ (47) In der Wirklichkeit ankommen, das heißt für Thürmer-Rohr, diesen Tatsachen nüchtern und unsentimental in die Augen zu schauen. Ihr Plädoyer für die „verrottete Gegenwart“ ist ein Appell an die Frauen, ihre Intelligenz nicht weiter einschüchtern zu lassen, sich

„de-moralisierend, des-illusionierend und ent-täuschend“ zu verhalten (49) und: zu leben.

Den moralischen Bankrott des Patriarchats zu erkennen, verlangt die Trennung von allen damit verbundenen Sinnstiftungen. Die Aufklärung – „die Abschaffung Gottes durch den Mann“ (87) – vergleicht Thürmer-Rohr mit der gegenwärtigen Entwertung des Mannes, der als Wertträger und Wertsetzer versagt hat; während letzteres unter anderem Ausdruck der Selbsterhöhung und Selbstüberschätzung des Mannes war und dabei lediglich die Moralträger wechselten, so ist die jetzige Zeit gekennzeichnet von einem historischen Faktum, für das es keine Ersatz-Moral gibt. Weder das ‚Prinzip Hoffnung‘ noch die gesellschaftliche Perspektive des Marxismus können in dieser Gegenwart für uns Frauen sinnstiftend sein. Es gibt keine Paradiese, weder in der Vergangenheit noch in der Zukunft; auch die Aufbruchsstimmung der Frauenbewegung, die ihre historische Stunde in der Zerstörung des Patriarchats gekommen sah, erweist sich als Trugschluss. Mit Vehemenz lehnt Thürmer-Rohr auch alle sogenannten ‚Weltanschauungen‘ ab, die eine Wendezeit à la New-Age (Ferguson, Capra) verkünden: „Gehirnverseuchung für Frauen: Gift“ (94).

Thürmer-Rohr wehrt sich gegen die Behauptung eines Opferstatus der Frau, weil er von einer Passivität – Frauen als Objekte der Geschichte – ausgeht, was niemals Grundlage für

Autonomie sein kann. Die Mittäterschaft der Frauen basiert auf einer Interessenverquickung, die auf dem „Normgefüge der polaren Ergänzung und Egalität der Geschlechter“ beruht (41). Im Tausch für ihr Einbringen von ‚weiblichen‘ Eigenschaften, vornehmlich im Privatbereich, und für ihre Bereitschaft zur Lüge, erhält die Frau Sinnstiftung und Heimat. Von Frigga Haugs Opfer-Täter-Theorie (s. Beatriz Rufer in Widerspruch 10/85) unterscheidet sich Thürmer-Rohrs Ansatz vor allem in der Konsequenz: Haug richtet ihren Blick vornehmlich auf die Frauen; das Ausklammern der Interessenverquickung macht es ihr möglich, grundsätzlichen Einschätzungen zum Patriarchat aus dem Wege zu gehen. Im Zusammenhang mit Frauenforschung weist Thürmer-Rohr der Mittäterschaft als einer analytischen und moralisch-politischen Kategorie grosse Bedeutung zu: Es gilt als erstes, die patriarchalen Gewalttaten und die Täter zu erkennen, als zweites, die Handlungen der Frau am Mann und an sich selbst zu analysieren, und in einem dritten Schritt das Mit-Tun zu verneinen. Die Aufteilung in Schritte ist notwendig, um nicht auf der Ebene der Selbstbeschuldigung stehen zu bleiben, die keinen Widerstandscharakter hat. Hass sieht Thürmer-Rohr in diesem Zusammenhang als eine positiv zu bewertende Kategorie des Urteils.

Der Prozess der Trennung und Absage und der Umgang mit Gefühlen wie Hass, Verunsicherung, Trauer ist schmerhaft und bedeutet Heimatlosigkeit. Die vielfach beschworene und herbeigewünschte ‚Verweiblichung der Politik‘ ist keine Alternative – weder in Form von „Trümmerfrauen des Patriarchats“ noch „das Weibliche als Putz- und Entseuchungsmittel“ (106), hinter dem die Männer ihre eigene Verant-

wortung kaschieren. Es bleibt nur die Heimatlosigkeit: „Vagabundieren wird zum Symbol eines Lebensversuchs, der an Vertrautes *nicht* anknüpft, der Vertrautes nur zum Anlass nimmt, falsche Heimstätten wieder zu verlassen, der *nicht* nach ‚Identität‘ sucht, dieser fixen Idee. Heilung von jedem Mitgefühl, das Urteile unmöglich macht.“ (8)

Die Soziologin und Psychologin Christina Thürmer-Rohr ist Professorin der Erziehungswissenschaften an der TU Berlin und arbeitet dort im Schwerpunkt Frauenforschung. Dem Orlanda Frauenverlag ist das Besondere gelungen, die zuvor in verschiedenen Zeitschriften erschienenen Texte zu einem Buch zusammenzustellen, in dem Thürmer-Rohrs Überlegungen schrittweise und von verschiedenen Seiten beleuchtet nähergebracht werden. Es zeigt uns eine konsequente Denkerin, die den Anspruch – in der Wirklichkeit anzukommen – mit Nüchternheit und Radicalität einzulösen versucht. Was Scharfsinn und lebendige Intellektualität sein kann, vermittelt auch ihre treffende bildhafte Sprache. Gerade das Zitiergefährt ihrer Sätze wirft aber die Frage auf, inwieweit ihre Analysen nichts weiter sind als ein Lese-Genuss, der die Seele wärmt, ohne dass die Leserin sich wirklich zu kritischem und konsequentem Denken und Handeln veranlasst sieht. Dem ist entgegenzusetzen, dass Thürmer-Rohr explizit keine Handlungsanweisungen geben will und kann. Sie beschränkt sich auch ausdrücklich auf ihren eigenen Erfahrungsbereich: die abendländische Kultur, die Geschichte der BRD, die europäische Frauenbewegung. „Zur Zeit bleiben uns eh nur Anmerkungen, Notizen, das abgebrochene Argument, Denkvorschläge. Aber diese sind nicht beliebig.“ (36)

Claudia Bürgi

Projektgruppe Automation und Qualifikation (PAQ): Widersprüche der Automationsarbeit. Ein Handbuch. Argument-Verlag. West-Berlin 1987 (228 S., br., 24 Fr.)

Nach 15 Jahren Arbeit, 7 Buchpublikationen mit zusammen mehr als 1000 Seiten und Dutzenden von Zeitschriftenartikeln legt die „Projektgruppe Automation und Qualifikation“ (ein interdisziplinäres Projekt an der Freien Universität Berlin und der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg unter der Leitung von Frigga Haug) die Quintessenz ihrer Forschungen in einem Handbuch vor. Der Titel „Widersprüche der Automationsarbeit“ ist programmatisch zu verstehen (9): Ziel der PAQ ist es, Materialien für ein „Automationsprojekt von unten“(156) bereitzustellen; die Automation soll weniger als Bedrohung denn als Chance verstanden werden, die Arbeitsbedingungen im Sinne und im Interesse der Arbeitenden beiderlei Geschlechts um- und neuzugestalten. Dieses Ziel versucht die Projektgruppe mit einem Modell der „Widerspruchsanalyse“ zu erreichen, welches die „Logik der Krisen und Brüche“(11ff.) in der Entwicklung der Automationsarbeit empirisch anhand der Untersuchung von Anforderungen, Aufgaben und Tätigkeiten analysiert, um Gegensätze und Brüche zwischen diesen Elementen festzustellen. Letztere sollen als Interventionspunkte für eine neue Arbeitspolitik dienen.

Das Projekt war Mitte der 70er Jahre mit der (damals) provokanten These gestartet, Automation führe zur Höherqualifikation. Es stellte sich damit in bewussten Gegensatz zu den dominierenden Positionen insbesondere innerhalb der Linken und der Gewerkschaften, wo in Anlehnung an Kern und Schumann die sogenannte „Polarisierungsthese“ (einer kleinen Schicht Hochqualifizierter stehe die Masse der Arbeitnehmer mit niedrigen Qualifikationen gegenüber, der klassische Facharbeiter verschwinde) vorherrschte. Die Polarisierungsthese ist von ihren Autoren inzwischen revidiert worden (in „Ende der Arbeitsteilung?“ sprechen sie nunmehr von „Segmentierung“ und einem neuen Aufschwung der

Facharbeiter), und unzählige arbeitswissenschaftliche Forschungen haben neue Detailkenntnisse über Automationsarbeit erbracht.

Die PAQ hat ihre Position ebenfalls weiterentwickelt und differenziert: Auf dem Hintergrund ihrer eigenen empirischen Untersuchungen spricht sie nicht mehr umstandslos von „Höherqualifikation“, sondern sie begreift die Automation als einen „Vergesellschaftungsschub in raffinierten Fesseln des Privatbesitzes“(Umschlagtext). Die durch die Automation gegebenen Möglichkeiten der Emanzipation von zerstückelter, einseitiger Arbeit würden behindert durch die nach wie vor auf Privatbesitz an den Produktionsmitteln beruhenden und auf Profitmaximierung ausgerichteten Produktionsverhältnisse, die Geschlechterverhältnisse, welche die Dominanz der Männer über die Frauen am Arbeitsplatz und in der Familie reproduzieren, sowie die Subjektivität der Arbeitenden, die sich nur all zu oft den Zwängen der Produktionsverhältnisse unterwerfen, wenn ihnen als „Belohnung“ Privilegien materieller oder sozialer Art winkten.

Dieses allgemeine Resultat wird anhand breitgefächerten empirischen Materials belegt, das im Laufe der Jahre mittels verschiedener Methoden gesammelt worden ist: Die erste Buchveröffentlichung der PAQ, der mittlerweile in der 3. Auflage vorliegende Band „Automation in der BRD“, war eine umfassende Bestandesaufnahme automatischer Produktionsprozesse in Industrie, Handel und Dienstleistungen in der BRD. Der zweite Band („Entwicklung der Arbeitstätigkeiten“) enthält eine historische Analyse von Arbeitsvollzügen und die Herleitung der Kategorien, die später für die Untersuchung von Automationsarbeit herangezogen werden sollten. Die Analyse von Automationsarbeit selber stützt sich auf Gespräche und Beobachtungen in insgesamt 67 Betrieben praktisch aller Branchen (eine detaillierte

Übersicht übers Sample findet sich im Handbuch auf S. 215ff.) und wurde in 3 Bänden publiziert. Ein letzter Band berichtet über die Ergebnisse von Interviews und Gesprächen zu Arbeitsleben und Alltag von Automationsarbeitern.

Der Weg der Projektgruppe von genereller Beschreibung über historische Analyse und arbeitswissenschaftliche Untersuchung bis hin zur Biographieforschung ist in dieser Form nicht geplant gewesen; er reflektiert vielmehr den Gang der Diskussion innerhalb (und zum Teil — denkt man etwa an das Aufkommen von Alltags- und Biographieforschung Anfang der 80er Jahre — auch ausserhalb) der PAQ. Für deren Verlauf waren zwei Ansätze von besonderer Bedeutung: die massgeblich von Klaus Holzkamp geprägte „Kritische Psychologie“, und die Arbeiten des Engländer Paul Willis. Die Kritische Psychologie, von welcher die PAQ einen Teil ihrer Terminologie entlehnt hat, wird für eine „subjektwissenschaftliche“ Perspektive fruchtbar gemacht, bei der nicht Individuen, sondern Kollektive (Organisationen, Vereine oder eben Arbeitsgruppen) als handelnde Subjekte im Zentrum der Analyse stehen. Willis’ kulturtheoretische Arbeiten bilden u.a. den Hintergrund für die Untersuchung des von der Automation erzwungenen Wandels der Facharbeiteridentität.

Die Absicht, im Handbuch einen in sich geschlossenen Überblick über die Resultate der langjährigen Forschungsbemühungen zu präsentieren, wird allerdings nicht vollumfänglich eingelöst. Der Band ist gemäss Inhaltsverzeichnis zwar sehr systematisch aufgebaut; er beginnt mit einer kurzen Exposition des Vorgehens („Widerspruchsanalyse“) und einer begrifflichen Definition („Automation“), präsentiert sodann in 3 Teilen auf rund 140 Seiten die Ergebnisse der empirischen Forschung („Arbeitsteilungen“, „Arbeitskompetenzen“, „Arbeitspolitiken“) und erläutert abschliessend die Methode („Automationsforschung“). Bei genauer Lektüre sind jedoch Brüche in der Argumentation nicht zu übersehen. Sie treten meist dort auf,

wo Material aus späteren Forschungen mit solchem aus früheren verknüpft werden sollte: etwa in der Analyse von Geschlechterverhältnissen oder in derjenigen der Bewältigung von Arbeits- und Lebensproblemen durch Automationsarbeiter.

Dessenungeachtet enthalten die empirischen Teile des Handbuchs eine Fülle von Material zur Problematik der Automationsarbeit. In der zusammenfassenden Darstellung dieses Materials liegt denn auch die Stärke des Bandes. Das offensichtliche und im grossen und ganzen auch erfolgreiche Bemühen um eine für den interessierten Laien verständliche Sprache — Darstellungs- und Sprachprobleme erschweren die Rezeption früherer PAQ-Publikationen und dürften weitgehend für die von der Projektgruppe beklagte mangelnde Beachtung ihrer Arbeiten verantwortlich sein — prädestinieren das Handbuch zum Arbeitsmittel für alle, die an der Weiterentwicklung inhaltlicher Aspekte in der Analyse von Automationsarbeit interessiert sind.

Dies trifft insbesondere auf Passagen zu, in denen die „Widerspruchsanalyse“ den Zusammenhang zwischen wissenschaftlicher Untersuchung und politischen Schlussfolgerungen zu erhellen vermag. So etwa im Hinblick auf die Auswirkungen einer neuen „produktivistischen Produktionskultur“ auf die Solidarität der Arbeitenden: In der Automationsarbeit, so argumentiert die Projektgruppe, entsteht ein „neuer Produktivismus“, der sich nicht mehr am abstrakten Ethos der Arbeit um ihrer selbst willen orientiert, sondern der sich für den Inhalt der Arbeit engagiert. Wichtig ist hier weniger die Erfüllung einer (irgendeiner) Aufgabe, wie das beim „alten Produktivismus“ der Fall gewesen war; es geht vielmehr um „internationale Arbeit mit möglichst hohem Einsatz“ (148). Das ermöglicht „gemeinsame Deutungsmuster“ (99), bei welchen inhaltliche Aspekte der Arbeit im Mittelpunkt stehen. Auf der einen Seite führt diese Produktionskultur zu einer verstärkten, am Inhalt der Tätigkeiten orientierten Ko-

operation im Rahmen von „Produktionsgemeinschaften“ (97) bis hin zu einer möglichen „Verflüssigung“ alter Arbeitsteilungen zwischen Kopf und Hand und der Herausbildung „neuartiger Ensembles von Produktionsintellektuellen“, in denen auf Wissensmonopole gegründete Herrschaftsverhältnisse (zwischen Arbeiter und Ingenieuren z.B.) perspektivisch als aufhebbar erscheinen (58f). Andererseits jedoch entsteht, aus der Sicht des Managements, eine „produktivistische Strategie“, welche gerade auf der Grundlage der neuen, inhaltlich ausgerichteten Arbeitskultur durch die Ausklammerung der Eigentumsfrage auf eine generelle „Entpolitisierung der Betriebsstrukturen“ (149) und damit eine „Umformung des Klassengegensatzes“ (97) hinzielt: Kontrolle der Arbeiter und Arbeitskollektive durch Instrumentalisierung der Konkurrenz zwischen unterschiedlichen Produktionseinheiten im Unternehmerinteresse. Die Solidarität der Arbeitenden „droht auf der Strecke zu bleiben“ (99).

In diesem widersprüchlichen Spannungsfeld zwischen der Herausbildung neuer Gemeinsamkeiten und dem Aufbrechen neuer Trennungslinien hat gewerkschaftliche Automationspolitik ihren Weg zu suchen, ohne ersteres zu behindern (etwa durch allzu enges ausschliessliches Festhalten an Elementen überkommener industrieller Arbeiterkultur) noch letzteres zu fördern (etwa durch Abgrenzung und Ausschliessung gegenüber Angestellten, Technikern und Ingenieuren).

So anregend derartige Ergebnisse auch sind (es gibt sie auch in den Kapiteln über Geschlechterverhältnisse und die Facharbeiteridentität, über das Lernen in der Arbeit oder über die Gegensätze zwischen gesellschaftlicher Arbeit und privatem Leben im Alltag von Automationsarbeitern), so schade ist es, dass

sie über das ganze Buch verstreut und deshalb nur bei genauer Lektüre aufzufinden sind. Ein Stichwortverzeichnis wäre hier nützlich gewesen.

Dies um so eher, als die explizit den politischen Aspekten gewidmeten Ausführungen enttäuschend mager sind: Das Kapitel über das „Projekt Automationspolitik“ (169ff.) enthält nämlich kaum mehr als das Postulat, eine „qualitative Arbeitspolitik“ solle als „gemeinsamer Nenner“ eine vermittelnde Rolle zwischen Arbeiter-, Frauen- und Ökologiebewegung spielen, weil „der Bezug auf die Arbeit etwas sein könnte, was die sozialen Bewegungen verbindet“ (173). Ferner werden die Gebiete aufgezählt, auf denen qualitative Arbeitspolitik zur Entwicklung einer „neuen Arbeitskultur“ beitragen könne: nicht-herrschaftliche Arbeitsteilungen, Frauenemanzipation in der Arbeit und in der Familie, Aneignung fachlicher Kompetenz und Qualifikation, Information und Dokumentation über aktuelle arbeitswissenschaftliche Erkenntnisse sowie Möglichkeiten und Perspektiven gesellschaftlicher Planung. Über die Wege zur Realisierung solcher Vorstellungen, über Akteure, Programme, Schwierigkeiten (wie etwa diejenigen, die mit der grundsätzlich unterschiedlichen Wertschätzung von Arbeit in breiten Teilen der Ökologie- bzw. der Arbeiterbewegung verknüpft sind) verlieren die Autorinnen und Autoren kein Wort.

Alles in allem dürfte die Bedeutung des Handbuchs weniger in seinem — von der Projektgruppe durchaus auch indenzierten — instrumentellen Charakter für gewerkschaftliche Politik liegen, sondern in seinen Qualitäten als Grundlagentext, der mittels gesellschaftstheoretischer Kategorien und Begriffe Möglichkeiten und Gefahren von Automationsarbeit untersucht.

Peter Farago

Erich Gruner (Hrsg.): Arbeiterschaft und Wirtschaft in der Schweiz 1880-1914. Band I: Demographische, wirtschaftliche und soziale Basis und Arbeitsbedingungen, Chronos Verlag, Zürich 1987 (624 S., 58.— Fr.)

Fast zwanzig Jahre nach dem Standardwerk „Die Arbeiter in der Schweiz im 19. Jahrhundert“ ist nun Band I (Demografische, wirtschaftliche und soziale Basis und Arbeitsbedingungen) der Fortsetzung erschienen. 1988 sollen die Folgebände über die Streikbewegung, Gewerkschaften und Sozialdemokratie erscheinen, insgesamt rund 3'000 Seiten.

Mit der Monografie über die Anfänge der schweizerischen Arbeiterbewegung (1830-1880) schrieb Gruner ein unentbehrliches Standardwerk, weil er erstens ein praktisch unbearbeitetes Gebiet erforscht hatte und zweitens eine umfassende Darstellung aufgrund weitestgehender Quellenarbeit lieferte.

Beim Folgeprojekt ist Gruner an die Grenzen dieser auf Vollständigkeit gerichteten Sammler-Methode gestossen. Die Unmöglichkeit, die gesamte Menge der Quellen zu verarbeiten, äussert sich nun im Stückwerkcharakter trotz Mammutumfang. Statt einer vermehrten theoretischen, konzeptionellen und methodischen Arbeit suchte Gruner die Modernisierung seiner Arbeitsweise mittels „Fotokopie und Computer“ (S. 21). Mit Computerhilfe wurde praktisch ohne Hypothesenbildung nach Gesetzmässigkeiten in den endlosen Zahlenreihen gesucht, Studenten haben im Stundenlohn Zeitungsbände durchgeblättert mit dem wenig klaren Auftrag, Interessantes zu fotokopieren (S. 26).

Statt Prämissen und Erkenntnisinteresse darzulegen, rekurriert Gruner im Vorwort auf einen verschwommenen ‘Marx Weber’. Der Mittelpunkt des Forschungsinteresses, marxistisch als „Vergesellschaftung aller Lebensbeziehungen“ bezeichnet, wird so zum „Spezialfall der Weberschen Bürokratisierung“, dann zum Problem des Organisationszwanges (S. 24) und führt schliesslich zu einem Verständnis der Arbeiterorganisationen als „Instrument zur Überwindung der Organisationsschwäche“ (so zwei Kapitelüberschriften).

Methoden der Alltagsgeschichte oder ‘Geschichte von unten’ werden von Gruner polemisch ausgegrenzt. So gingen viele Anregungen der in den letzten Jahren zahlreich erschienenen Arbeiten über Aspekte der Industrialisierung verloren. Der trotzdem postulierte „theoretische und methodische Pluralismus“ (S. 23) scheint eher eine gewisse Konzeptlosigkeit zu kaschieren.

Ein Monumentalwerk wie das vorliegende kostet viel Geld. Zweifellos sind die Sozialwissenschaften in der Schweiz finanziell wenig gefördert. Das kann zu ungewöhnlichen, aber auch stossenden Finanzierungsformen führen. Gruner hat seit Jahren einen Teil seines Berner Institutskredites einem Fonds zugeleitet, der zusammen mit einer grossangelegten Bettelaktion die Druckkosten finanzierte. An den Schweizerischen Gewerkschaftsbund gelangte Gruner mit der Ankündigung, ein Kapitel über die Unterstützungsfunction der Gewerkschaften werde nicht publiziert, wenn der SGB keinen Beitrag spreche.

Die vier Hauptkapitel des ersten Bandes behandeln die Bevölkerungsbewegung, die wirtschaftsgeschichtliche Entwicklung, die Arbeitskräfte sowie die Arbeitsbedingungen. Gerade anhand der statistischen Grundlagenarbeiten wird die mangelnde Koordination im Gesamtprojekt deutlich. Insbesondere fehlt eine Verknüpfung der Bevölkerungsentwicklung mit der Arbeitskräfteentwicklung, obwohl z.T. identisches Zahlenmaterial (Volkszählung/Berufszählung) zugrunde liegt. Selbst der wirtschaftsgeschichtliche Aufriss von Gruner nimmt kaum Bezug auf die statistischen Grundlagen. Statt im Teamwork wurde in weitgehend unkoordinierten Teilbereichen gearbeitet. So entsteht der Eindruck, dass der Aufbau dieses ersten Bandes vor allem aufgrund von Autorenschaft und Quellenklassifizierung geschah.

Im ersten Kapitel wird die „Bevölkerungsbewegung als Grundlage der Indu-

strialisierung“ dargestellt. Ich vermisste hier die Berücksichtigung neuerer Arbeiten und eine dialektische Sicht von behaupteter Ursache und Wirkung. Das Theoriedefizit führt zu computerberechneten Faktorenkorrelationen, die den Wachstumsprozess nur ungenügend erklären. Die detaillierten Daten (Bezirks-ebene) kommen leider wegen der schlechten Qualität der Computergräfinnen nicht zum Ausdruck. Als wichtige Erkenntnis kann die hervorragende Bedeutung des Dienstleistungssektors — und nicht des 2. Sektors — für ein beschleunigtes Bevölkerungswachstum festgehalten werden.

Zu recht wird der Untersuchungsgegenstand, die Arbeiterschaft, im zweiten Kapitel weit gefasst — auch Arbeiter im Gewerbe, in öffentlichen Dienstleistungsbetrieben und in der Hausindustrie werden berücksichtigt (S. 177). Diese Basis der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung wächst von 1880 bis 1910 von 30% auf 37% aller Erwerbstätigen. Das Kapitel über die Arbeitskräfte enthält neben wichtigen soziologischen Daten aber zu viel Unwichtiges und hätte ohne weiteres stark gekürzt werden können.

Im 4. Kapitel (Arbeitsbedingungen) zeugen einige Passagen von H.R. Wiedmer vom Anspruch, an das Niveau neuerer sozialgeschichtlicher Arbeiten anzuge-

knüpfen, wie sie v.a. im Umfeld von R. Braun (Zürich) entstanden sind. Einige Abschnitte bleiben allerdings zu sehr an der Oberfläche und im Bruchstückhaft.

Trotz der Vielfalt und Ausführlichkeit des gesammelten Materials darf man Genauigkeit im Detail erwarten. Terminologische Unsauberkeiten (Betrieb als Gegenbegriff zur Fabrik, S. 433), Wiederholungen (Tab. S. 94), falsche Indexierungen (S. 92), oberflächliche Literaturreferate (Wirtschaftsgeschichte, technologischer Wandel), Datenstückwerk (Arbeitslosenzahlen), ärgerliche Tabellendarstellungen (Unterkategorien werden bei Zahlen nirgends kenntlich gemacht) hinterlassen jedoch den Eindruck, dass ein Stück Qualität der Quantität geopfert wurde.

Gruner wäre gut beraten gewesen, wenn er ein eigentliches Handbuch geplant hätte: mit wohlüberlegten Stichworten, den jeweils kompetentesten Autoren, klarer Gliederung, verdichtetem Zahlenmaterial, themenbezogener Aufstellung der Quellenlage und der wichtigsten Sekundärliteratur. Mit dem vorliegenden Band präsentiert uns Gruner kein neues Nachschlagewerk, sondern Grundlagenmaterial für eine weitergehende Arbeitergeschichtsforschung.

Jürg Frei

Hischier, Guido: Politische Regimes in Entwicklungsländern. Eine international vergleichende Typologie. Campus-Verlag, Frankfurt a.M./New York 1987 (250 S., br.)

Dieses Buch ist aus einem Projekt zu politischen Regimes entstanden, welches der Verfasser zusammen mit seinem Lehrer Peter Heintz begonnen hat. Die Arbeiten an diesem Projekt wurden durch den Tod von Peter Heintz, Soziologieprofessor in Zürich (vgl. Widerspruch 5/83), in einem Stadium unterbrochen, in dem zwar eine grosse Zahl vielversprechender Ideen und Ansätze

vorhanden war, die Integration dieser Ansätze zu einem abgerundeten Ganzen jedoch noch ausstand. Die Aufgabe der Integration dieser Ansätze erwies sich aus zwei Gründen als besonders schwierig. Zum einen war die Problemstellung des Projekts äusserst anspruchsvoll: Es sollten nicht nur, wie bis anhin üblich, die strukturellen Bedingungen und Konsequenzen demokratischer Regimes,

sondern die aller möglichen politischen Regimes in Entwicklungsländern systematisch exploriert werden. Zum andern hatte P. Heintz selbst seine Ideen zur Analyse politischer Regimes nur fragmentarisch ausgearbeitet. Bevor er mit der Analyse politischer Regimes überhaupt beginnen konnte, ging es deshalb für den Autor zunächst einmal darum, sich in der Auseinandersetzung mit dem wissenschaftlichen Denken von P. Heintz ein Verständnis vom Selbstverständnis dieses grossen Schweizer Soziologen zu verschaffen. Die ersten drei Kapitel der vorliegenden Arbeit haben denn auch den Charakter einer Selbstexplikation, wobei es dem Autor meiner Ansicht nach auf einzigartige Weise gelingt, die Gedankenwelt der politischen Soziologie von P. Heintz zu verdeutlichen und von anderen Ansätzen abzugrenzen.

Der Autor geht aus von Heintz' Konzept der *Weltgesellschaft*, das er von Waldersteins Konzept des Weltsystems abgrenzt. Dabei insistiert er darauf, dass das Konzept der Weltgesellschaft im Unterschied zu jenem des Weltsystems eine „Perspektive von unten“ beinhaltet, die auch den von Weltsystemtheoretikern oft unterschätzten Handlungsspielräumen der machtlosen Mitglieder der Weltgesellschaft Rechnung trägt. Gemäss dieser Konzeption lässt sich der soziale und politische Wandel in den Entwicklungsländern gerade nicht aus einer wie auch immer gearteten „Weltsystemlogik“ ableiten, aufgrund derer sich das Verhalten dieser Bevölkerungen im Interesse bestehender Herrschaftsstrukturen berechnen und steuern liesse. Diese Konzeption berücksichtigt explizit die „Unberechenbarkeit“ der Bevölkerungen der Entwicklungsländer und zielt implizit auf Orientierungshilfe für mögliche Eingriffe dieser Bevölkerungen in die „Systemlogik“.

Dementsprechend geht diese Konzeption davon aus, dass neben den idealtypisch unterschiedenen Instanzen der politischen Macht und der wirtschaftlichen Macht in einer Gesellschaft auch „politische Potentiale“ zu den politisch relevanten Kräften zählen. Politische Potentiale stellen dabei latente allgemeine Interessenlagen in der Bevölkerung dar, die aus strukturellen Spannungen resultieren und die unter bestimmten Umständen gegen die ein oder andere der beiden Mächte bzw. zur Unterstützung der anderen beiden relevanten Instanzen mobilisiert werden können. Im strukturtheoretischen Modell von P. Heintz werden zwei grundlegende Formen struktureller Spannungen — *Entwicklungsspannung* und *Klassenspannung* — und entsprechend zwei Formen politischer Potentiale unterschieden. Politische Regimes sind dann spezifische Konfigurationen der vier idealtypisch unterschiedenen politisch relevanten Kräfte, welche die in einer Gesellschaft gegebenen strukturellen Spannungen auf spezifische Weise verarbeiten.

Auf der Basis dieser Theorieelemente entwickelt der Verfasser seine komplexe *Typologie politischer Regimes*. Unter Verwendung einer Idee von F. Heider, die im Zusammenhang mit interpersonellen Beziehungssystemen entwickelt worden ist, kombiniert er die vier idealtypisch unterschiedenen politisch relevanten Kräfte zu allen logisch möglichen strukturell balancierten Konfigurationen. Die Eleganz der Konstruktion ist frappant und sie zeigt gleichzeitig auf exemplarische Weise, wie mit wenigen, strategisch ausgewählten Theorielementen eine sehr komplexe und empirisch gehaltvolle Typologie entfaltet werden kann. Um den empirischen Gehalt der Typologie weiter zu erhöhen, wird die Zahl der deduktiv gewonnenen Typen dann punktuell reduziert (um Typen, die in der Realität nicht vorkommen) bzw. weiter aufgefächert (etwa aufgrund der zusätzlichen Unterscheidung zwischen starken und schwachen Klassenpotentialen), was der Konstruktion keinen Abbruch tut, sondern nur einmal mehr verdeutlicht, dass sich die Welt logischen Deduktionen nicht fügt.

Im folgenden versucht der Autor, die Fruchtbarkeit der entworfenen Typologie anhand einer empirischen Analyse hoch-aggregierter Indikatoren unter Be-

weis zu stellen und sie damit gleichzeitig indirekt zu validieren. Er hat überprüft, inwiefern die 3 Typen politischer Regimes theoretisch abgeleiteten Hypothesen zu ihrem Entwicklungsniveau, ihrem Auftreten in der historischen Zeit, ihrer allgemeinen Wachstumsrate und ihrem Exportwachstum genügen und inwiefern mit der Idee von Transfers struktureller Spannungen regimespezifische Konflikt niveaus erklärt werden können. Die Ergebnisse der empirischen Analyse bestätigen die entwickelten Hypothesen im allgemeinen, was nicht nur die Plausibilität der empirischen Codierung der 13 Typen, sondern gleichzeitig auch jene der theoretischen Überlegungen erhöht.

Die Frage nach den politischen Regimes in Entwicklungsländern, so wie sie in dieser Arbeit gestellt wird, ist eigentlich die Frage nach dem soziopolitischen Wandel der Entwicklungsländer. Unter soziopolitischem Wandel werden hier grundlegende Veränderungen in den Relationen zwischen den politisch relevanten Kräften innerhalb von spezifischen Entwicklungsländern verstanden — mit anderen Worten: der Wechsel von politischen Regimes. Das eigentliche Ziel dieses Ansatzes ist es, Regimewechsel bzw. Regimesequenzen und damit zusammenhängend soziopolitischen Wandel zu konzeptualisieren und zu erklären. Auf die Frage nach dem Wechsel von Regimes geht der Autor in dieser Arbeit nicht mehr ein, aber mit seiner Arbeit hat er den konzeptuellen Bezugsrahmen entwickelt, innerhalb dessen Regimewechsel und Regimesequenzen analysiert werden könnten. Zu Regimewechseln kommt es gemäss diesem Ansatz dann, wenn strukturell bestimmte Spannungen innerhalb eines Regimes nicht mehr verarbeitet werden können, wenn diese

Spannungen politische Konflikte induzieren, welche die Grenzen des Konfliktmanagements innerhalb eines Regimes sprengen. Regimewechsel können also als Konfliktmanagement höherer Ordnung betrachtet werden. Dieser Ansatz geht davon aus, dass Regimewechsel in Entwicklungsländern bestimmten Mustern folgen, die in typischen Regimesequenzen resultieren. Endogene und exogene Faktoren, d.h. Aspekte des spezifischen Regimes und Aspekte der spezifischen historischen Lage der Weltgesellschaft, bestimmen zusammen die Transformation einer gegebenen Ausgangskonfiguration der politisch relevanten Kräfte in eine spezifische Endkonfiguration. Um es anhand eines Beispiels etwas konkreter zu sagen: Eine systematische Analyse dieser Art könnte zum Beispiel zeigen, ob es bestimmte Wege (Regimesequenzen) gibt, die zur Demokratie führen, und ob bestimmte Wege bis jetzt noch nie zur Demokratie geführt haben.

Die vorliegende Arbeit ist nicht leicht zugänglich. Die Argumentation des Autors bewegt sich durchwegs auf einem hohen Abstraktionsniveau und komplexe Gedankengänge werden oft auf knappem Raum dargelegt. Dies verlangt vom Leser einiges an Aufmerksamkeit und Durchhaltevermögen. Wer sich jedoch auf die Argumentation einlässt, entdeckt ein faszinierendes, eigenständiges Paradigma, das hier von einem sehr kreativen Geist entfaltet wird. Im Moment scheint es im Rahmen der schweizerischen Universitätsstrukturen keine Möglichkeiten zu geben, diesen Ansatz in der skizzierten Richtung zu entwickeln. Es bleibt die Hoffnung, dass die Weiterentwicklung der in dieser Arbeit gelegten Grundlagen an anderer Stelle und zu einem baldigen Zeitpunkt möglich wird.

Hanspeter Kriesi